

Veranstaltende:

Ulrike Jureit, Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur

Stephan Linck, Evangelische Akademie der Nordkirche

Karl Heinrich Pohl, Universität Kiel

Orte des Widerspruchs?**Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur zwischen Demokratieverziehung, Erinnerungszwang und Staatsraison**

Wer in den 1980er Jahren prognostiziert hätte, dass zahlreiche deutsche KZ-Gedenkstätten dreißig Jahre später oftmals mittelständischen Unternehmen mit millionenschweren Investitionshaushalten ähneln würden, der wäre wohl, um es milde zu sagen, nicht nur auf Skepsis gestoßen. Zweifellos hat es in Deutschland lange gebraucht, bis sich Staat und Gesellschaft der Verantwortung für die Massenverbrechen während des Nationalsozialismus gestellt haben und sicherlich lässt sich auch heute noch kein einheitliches Bild der deutschen Gedenkstättenlandschaft zeichnen. Aber dennoch: Was in den letzten drei Jahrzehnten erinnerungskulturell und gedenkpolitisch geschehen ist, ist höchst beachtlich – gilt aber trotzdem genauer betrachtet zu werden.

Nach heftigen politischen und immer wieder auch erfolglosen Kämpfen seitens der Opfer- und Verfolgtenverbände und zahlloser Initiativen gehört das institutionalisierte Gedenken an die Opfer der NS-Herrschaft mittlerweile zur deutschen Staatsraison, allerdings mit der Folge, dass u.a. die Art und Weise sowie die Ziele des Erinnerns oftmals der staatlichen Regie unterworfen sind. Staat und Parteien steuern schon allein aufgrund der finanziellen Zuschüsse in erheblichem Maße das Gedenken an die Opfer der NS-Herrschaft, vereinnahmen damit zugleich fortwährend erinnerungskulturelle Rituale für eigene politische Ambitionen und definieren sich medial auf die moralisch richtige Seite.

Diese Entwicklung hat Konsequenzen. Da das Holocaust-Gedenken heute zum elementaren Selbstverständnis der Bundesrepublik gehört, wird die – nicht nur moralische - Schuld Deutschlands und „der Deutschen“ bei jeder passenden (und manchmal auch unpassenden) Gelegenheit bekannt, als staatstragender, geradezu positiver Wert herausgestellt und konformes geschichtspolitisches Engagement gefördert. Im gemeinsamen Gedenken klopfen sich die meisten Deutschen gewissermaßen gegenseitig auf die Schultern und beteuern, dass „so etwas“ nie wieder geschehen dürfe. „Wir haben gelernt“ und werden dafür sorgen, dass dieses Lernen auch praktisch in Deutschland jetzt und in Zukunft verwirklicht wird. Nach dieser Logik kann daher die Einübung erwünschter Gedenkformeln bildungspolitisch gar nicht früh genug beginnen.

Historisches Erinnern ist auf dem Weg ein deutscher Exportartikel zu werden: mustergültige Handreichung für die Herausforderung, wie man eine schlimme Vergangenheit „bewältigt“. Es gehört zu den zentralen Bekenntnisformeln dieser Erinnerungsrhetorik, dass Kriegsverbrechen, Massenmord und Verfolgung jetzt und in Zukunft weltweit verhindert werden müssen, der „deutsche Fall“ zeigt aber auch, dass es ebenso wichtig zu sein scheint, was man hinterher draus macht.

Da am Holocaust-Gedenken nun offenbar nicht weniger als die Verteidigung unserer Demokratie hängt, scheint eine grundsätzlich kritische Auseinandersetzung über Sinn, Formen und Inhalt des Gedenkens kaum noch möglich (und nötig) zu sein. Jegliches Reden über Vergangenheit, vor allem über die des „Dritten Reiches“, wird als moralisch wertvolles Erinnern missverstanden. Kritik ist da unerwünscht. Dass bei einer solchen Vereinnahmung eine lebendige – auch kritische - Beschäftigung mit Geschichte und Geschichten geradezu erstickt, als unnötig, ketzerisch oder gar störend empfunden wird, ist nicht von der Hand zu weisen. Kritiker sehen sich zudem damit konfrontiert, in die „rechte Ecke“ verwiesen zu werden.

Fazit: Eine grundsätzliche Infragestellung der erinnerungskulturellen Praxis stört, denn „wir“ haben doch verstanden und bereits alles getan, was getan werden musste und wir werden das auch in Zukunft tun. Da muss nichts kritisiert werden.

Die geplante zweitägige Tagung will sich dieser Problematik annehmen, will gewissermaßen vorsätzlich „stören“.

„Orte des Widerspruchs?“

Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur zwischen Demokratieerziehung, Erinnerungszwang und Staatsraison

Programm

Tagungsort: Landeskirchenamt, Kiel, Dänische Str. 21, 24103 Kiel

Teilnahmegebühr 15,- €

Anmeldung e-kultur@akademie.nordkirche.de

Freitag, 10. Juni 2022

16.30-18.00 (auf Wunsch mit Anmeldung) Erinnerungskultureller Stadtrundgang durchs Kieler Zentrum, Stephan Linck

18.30 Ankommen und Anmelden

19.00 Grußwort Bischof Gothart Magaard

19.10 Begrüßung Veranstaltende

19.15 Abendvortrag

Ulrike Jureit (Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur):

„Vom Nutzen und Nachteil‘ des Erinnerns. Besichtigung eines ideologisierten Diskurses“

Dialog mit Moderation Andreas Eberhardt (Alfred Landecker Stiftung)

Samstag, 11. Juni 2022

9.00 – 10.30 Panel I

„Normativität des Erinnerns“

Impulsreferate

Karl Heinrich Pohl (Universität Kiel)

Antonia Schmid (Referentin des Bundesbeauftragten für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus)

Dialog mit Moderation Hanna Lehming (Referentin für christlich-jüdischen Dialog bei der Ev. Kirche in Norddeutschland)

10.45 -12.15 Panel II

„Der Hürdenlauf des Schlusslichts? Geschichte der Aufarbeitung in Schleswig-Holstein“

Impulsreferate

Stephan Linck (Evangelische Akademie der Nordkirche)

Jürgen Weber (Historiker, MdL a.D.)

Dialog mit Moderation Bettina Greiner (Willy Brandt Haus Lübeck)

Mittag / Catering (12.15 – 13.30)

13.30-15.00 Panel III

„Orte des Widerspruchs? Gedenkstätten zwischen Anspruch und Wirklichkeit“

Impulsreferate

Jens-Christian Wagner (Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau – Dora)

Cornelia Siebeck (KZ-Gedenkstätte Neuengamme)

Dialog mit Moderation Katja Happe (KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund)

15.30-17.30 Podiumsdiskussion:

Wozu noch Gedenkstätten? Diskussion

Elke Gryglewski (Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten); Alfons Kenkmann (Universität Leipzig); Insa Eschebach (Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück); Jörg Skribeleit (KZ-Gedenkstätte Flossenbürg), Habbo Knoch (Universität Köln)

Moderation Ulrike Jureit (Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur)

17.45-18.30

Abschlussvortrag

Martin Sabrow (ZZF Potsdam/ HU Berlin)

18.30 Ende der Veranstaltung